



**AgEcon** SEARCH

RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

*The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library*

**This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.**

**Help ensure our sustainability.**

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

[aesearch@umn.edu](mailto:aesearch@umn.edu)

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

*No endorsement of AgEcon Search or its fundraising activities by the author(s) of the following work or their employer(s) is intended or implied.*

der Bevölkerung überall festzustellen, allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen: Die Milch muß in einwandfreier Qualität und hygienisch verpackt dort angeboten werden, wo sie gerade gebraucht wird, nämlich am Arbeitsplatz, in der Schule, an den Verkehrsknotenpunkten und möglichst auch im Haushalt. Nur die wenigsten sind zu bewegen, sich etwa während der Arbeitspause lose Milch im benachbarten Geschäft selbst zu holen. Dagegen ist die Mehrzahl der Verbraucher bereit, die Kosten für die geforderten Dienstleistungen (Verpacken und Zubringen) zu bezahlen, zumal die Milch auch dann noch immer preiswert bleibt. Wo man bisher diese Absatzmöglichkeit systematisch erschlossen hat, sind sehr ermutigende Erfolge erzielt worden.

Aber warum haben diese Beispiele bisher so wenig Schule gemacht? Die Vermutung liegt nahe, daß den Molkereien und dem Handel in den Absatzzentren der wirtschaftliche Anreiz hierzu fehlt. Wird er ihnen vielleicht durch die Handhabung der Milchmarktordnung und der Preisvorschriften genommen? Diese Frage sollte einmal ernstlich geprüft werden.

Die Regulierung der Milchwirtschaft wird im Prinzip offensichtlich noch ebenso gehandhabt wie in der Reichsnährstandszeit. Damals bestand aber kein Interesse, den Trinkmilchverbrauch auszuweiten. Im Gegenteil, in dem Streben nach einer autarken Ernährungswirtschaft sollte soviel Milch-

fett wie möglich als Butter sichtbar gemacht werden, um damit die sogenannte Fettlücke zu schließen. Das heutige Ziel ist dem damaligen genau entgegengesetzt: Der überwiegende Teil des Produktionszuwachses muß im Laufe der nächsten Jahre als Trinkmilch abfließen, damit der Buttermarkt entlastet wird. Auf dieses neue Ziel sollte auch die Regulierung der Milchwirtschaft, an der im Prinzip unter den gegebenen Verhältnissen festgehalten werden muß, abgestellt werden, andernfalls besteht die Gefahr, daß die Landwirtschaft über kurz oder lang mit der Milch in Absatz- und Preisschwierigkeiten gerät.

**Zusammenfassung**

Im ganzen gesehen sind die Absatz- und Preisaussichten für Agrarprodukte, insbesondere für die ausschlaggebenden Veredelungserzeugnisse Fleisch und Milch, nicht ungünstig, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt werden:

1. muß die Volkswirtschaft in einem gesunden, der Bevölkerungszunahme und dem allgemeinen technischen Fortschritt entsprechenden Wachstum gehalten werden;
2. muß der Absatz gepflegt und in die richtigen Bahnen gelenkt werden.

Das erste ist vornehmlich Aufgabe der wirtschaftspolitischen Führung des Staates. Das zweite sollte die Landwirtschaft weitgehend selbst in die Hand nehmen, ohne sich dabei zu stark auf staatliche Hilfe zu verlassen.

*Zu wenig Kredit für die Landwirtschaft?*

Dr. G. Noell, Frankfurt a. M.

In dem Januarheft dieser Zeitschrift erschien ein Aufsatz von Herrn Professor Dr. Seedorf, Göttingen, unter dem Titel „Zu wenig Kredit für die Landwirtschaft“, in dem unter Benutzung statistischen Materials der Sparkassen allgemein eine Unterversorgung der Landwirtschaft mit Kredit festgestellt und im besonderen abgeleitet wird, daß der Anteil der Sparkassen am Agrarkredit im Jahre 1952 rapide zurückgegangen sei.

Feststellungen über die Verschuldungslage der Landwirtschaft sind derzeit noch außerordentlich schwer zu treffen. Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges konnten sich Aussagen über diesen Tatsachenbereich auf die jährlichen Veröffentlichungen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt „Die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft“ stützen, die in engster Zusammenarbeit mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat, später Reichsnährstand, erstellt wurden. Diese Verschuldungsanalyse basierte auf einer repräsentativen Zahl buchführender Betriebe. Die Untersuchungen umfaßten absolute Verschuldungshöhe, Verschuldung pro Einheitswert, pro Hektar, Aufgliederung in Realkredit, Renten, Altenteile und Personalkredit, die Quellen des Agrarkredits — organisierter und nicht organisierter Kredit —, die Institutsgruppen und eine Ana-

lyse der Agrarverschuldung nach ihrer Streuung. Schließlich wurden die verschiedenen Daten getrennt für die einzelnen Landesbauernschaften festgestellt und ausgewertet. Das damalige, der Auswertung unterliegende Buchführungsmaterial gestattete Einblicke in unsere landwirtschaftliche Verschuldungsstruktur, aus der gute Anhaltspunkte über Entwicklungstendenzen im Agrarkredit und mit gewissen Vorbehalten über den absoluten Verschuldungsstand gewonnen werden konnten.

Es gibt wohl kaum einen Tatbestand in unserer Landwirtschaft, der sich durch Verallgemeinerung der Feststellungen in einer begrenzten Zahl von Repräsentativbetrieben weniger zuverlässig erfassen läßt als die Kreditlage. Die Bereitschaft und der Wille, Produktivkredite aufzunehmen, liegt so stark im Bereich subjektiver Entscheidung, daß nur breit gestreute Untersuchungen in sehr vielen Betrieben Anhaltspunkte für ein allgemeines Urteil ergeben können. Eine gute Ertragslage kann mit Rücksicht auf erhöhte Zinsleistungsfähigkeit zu gesteigerter Kreditaufnahme führen, sinkende Erträge können — nunmehr aus der Not geboren — ebenfalls einen Verschuldungszuwachs verursachen. Derzeit stützt sich unsere westdeutsche Verschul-



dungsstatistik auf eine noch recht kleine Zahl von Betrieben, die im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ausgewertet werden, und auf eine Gläubigerstatistik, die von der Bank deutscher Länder durchgeführt wird. Die letztgenannte Statistik erfaßt nur die Kredite von Instituten, wobei der Raiffeisensektor nicht einmal voll erfaßt wird. Die gewonnenen Daten betreffen also nur den organisierten Agrarkredit, nicht dagegen die Kredite Privater, der Warengenossenschaften, des Handels und sonstiger Lieferanten. Gerade dieser unorganisierte Agrarkredit stellt von jeher eine sehr wichtige Komponente dar; er macht derzeit zum Beispiel über 50 v. H. des gesamten Agrarkredits aus. Die beiden in Westdeutschland vorhandenen statistischen Systeme sind durchaus nützlich, um durch jährliche Vergleiche dem Entwicklungstrend der Verschuldung nachzuspüren, sie geben aber keine verlässliche Auskunft über den absoluten Verschuldungsstand und erst recht nicht über ein Zuviel oder Zuwenig.

Es ist grundsätzlich bedenklich, Repräsentativergebnisse ohne Kommentierung zu verallgemeinern, ganz besonders trifft das bei Aussagen über die Creditsituation zu. In vielen mittel-, großbäuerlichen und Großbetrieben ist der Kredit wie in anderen Bereichen unserer Wirtschaft ein hervorragendes Mittel zur Steigerung der Erträge und zur Entwicklung fortschrittlicher Betriebsmethoden. Bei anderen Größengruppen, insbesondere bei Klein- und Kleinstbetrieben mit geringer Marktverbundenheit, ist die Zweckmäßigkeit der Kreditaufnahme erheblich problematischer; in vielen Fällen kann sie zum Ruin führen. Und wiederum mag auch eine relativ hohe Belastung eines Kleinbetriebes unbedenklich sein, wenn er gute Erträge aus Spezialkulturen erzielt oder wenn gesicherter Nebenerwerb vorhanden ist. So kann ein Urteil darüber, ob die Landwirtschaft zu viel oder zu wenig Kredit erhält, nur sehr differenziert abgegeben werden, eigentlich nur von Betrieb zu Betrieb unter Würdigung der jeweils gegebenen betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen. Es ist auch nicht zu gewinnen durch einen Vergleich mit der Kreditversorgung in absoluten Zahlen beim Handwerk oder beim Handel oder einer anderen Berufsgruppe. Von Natur aus kapitalintensive Wirtschaftsgruppen — wie vorwiegend die Industrie — und boden- und arbeitsintensive Gruppen — wie vorwiegend die Landwirtschaft — liefern keinen gemeinsamen Maßstab für die Wertung des jeweiligen Zuviel oder Zuwenig. Jedenfalls dürfte bisher kein solcher Maßstab gefunden sein, von dem die vertretbare oder notwendige oder wünschenswerte Kreditbelastung der Landwirtschaft abzulesen wäre. Die Einheitswerte sind keine geeignete Vergleichsgröße, ebensowenig die Umsätze oder die Verkaufserlöse, und auch sicher nicht der Anteil am Sozialprodukt. Überhaupt scheint die Verschuldung kapitalmäßig nicht so entscheidend zu sein wie die Zinslast. Bei hohen Zinssätzen kann eine kapitalmäßig geringe Verschuldung bei angespannter Ertragslage bereits bedenklich sein,

die bei niedrigen Zinsen und guter Ertragslage unbedenklich wäre.

Bei allem Vorbehalt gegenüber globalen Aussagen im Hinblick auf den landwirtschaftlichen Kreditbedarf wird man dennoch bestimmte Feststellungen treffen können. Gemessen an dem Rationalisierungsbedarf unserer Landwirtschaft und unserer agrarpolitischen Zielsetzungen — Lübke-Plan — besteht ein erheblicher Investitionsbedarf, dessen Finanzierung ohne Zuhilfenahme fremder Mittel nicht möglich sein wird. Es liegt eine aufgestaute Nachfrage nach längerfristigen Krediten vor, die bisher deshalb nicht zum Zuge kommen konnte, weil unser innerdeutscher Kapitalmarkt unergiebig war. Das aus dem Kapitalmangel resultierende hohe Zinsniveau ist für die meisten langfristigen landwirtschaftlichen Vorhaben nicht tragbar. Staatliche Zinsverbilligungsmittel können diesem Dilemma in den Fällen begegnen, in denen die Dringlichkeit der Investitionen keinen weiteren Aufschub verträgt. Wir denken in erster Linie an die Flurbereinigung, Besitzbefestigung, Betriebsarrondierungen, Mechanisierung der Kleinbetriebe durch Maschinengemeinschaften usw.

Der angeführte Aufsatz im Januarheft stützt sich, wie erwähnt, auf statistische Unterlagen des Sparkassensektors. Dabei ist übersehen worden, daß die zum Beweis für ein rückläufiges Agrarkreditengagement verwandten Zahlen inkommensurabel sind, da sie jeweils verschiedene Institutsgruppen und verschiedene Kreditatbestände beinhalten. Es wird festgestellt, daß die Sparkassenorganisation Ende 1951 einen Gesamtbetrag von 873 Mill. DM an die Landwirtschaft ausgeliehen habe gegenüber 254,6 Mill. DM Ende 1952, so daß der Kreditbetrag für die Landwirtschaft um 72 v. H. auf 28 v. H. gesunken sei. In Wirklichkeit sind die Kredite um 47,2 v. H. gestiegen. Der Fehlschluß ist dadurch entstanden, daß übersehen wurde, daß die 873 Mill. DM Kredite der Sparkassen und Girozentralen und des weiteren die unmittelbaren Agrarkredite (Hofkredite) und mittelbaren Agrarkredite (Kredite an Ernährungswirtschaft, Landhandel, Molkereien und sonstige Verwertungsindustrie, Einfuhr- und Vorratsstellen usw.) umfassen, während in den 254,6 Mill. DM nur die Hofkredite der Sparkassen (also ohne Girozentralen) enthalten sind. So wurden Größen miteinander verglichen, die nicht vergleichbar sind. In Wirklichkeit ist es so, daß die unmittelbaren Neukredite der Sparkassen an die Landwirtschaft am 31. 12. 1951 173 Mill. DM und am 31. 12. 1952 254,6 Mill. DM betragen.

Es soll nicht verkannt werden, daß es für den Außenstehenden schwierig und häufig fast unmöglich ist, den jeweiligen Aussageinhalt statistischer Daten festzustellen. So möge die notwendige Richtigstellung in diesem Einzelfall allen Stellen, die ihre Aussagen auf statistische Tatbestände gründen, Anlaß sein, diese in einer Form zur Darstellung zu bringen, die keinen Raum für Mißverständnisse gibt.